

Internationale Vereinigung der Waldorfkinderergärten e.V. Region Nordrhein-Westfalen

Herrn
Thomas Jarzombek MdL
Platz des Landtags 1

40002 Düsseldorf

Geschäftsstelle
Mergelteichstr. 59
44225 Dortmund
Telefon: 0231/9761570
Telefax: 0231/9761580
Email: inter.waldorf.nrw@t-online.de

24.6.2007 / GS

per Email

Kinderbildungsgesetz

hier: Erörterung zu Ihren 7 Gründen für ein neues Kinderbildungsgesetz

Sehr geehrter Herr Jarzombek,

nachdem ich auf die von Ihnen auf Ihrer Internetseite veröffentlichten 7 Gründe für das neue Kinderbildungsgesetz aufmerksam gemacht wurde, habe ich unmittelbar versucht, mit Ihnen Kontakt aufzunehmen. Eine Rückmeldung Ihrerseits ist bisher nicht erfolgt.

Da ich heute festgestellt habe, dass Sie die Gründe in unveränderter Weise immer noch auf Ihrer Internetseite präsentieren, möchte ich Ihnen mit diesem Schreiben eine Rückmeldung geben, zumal Ihre Ausführungen von unzutreffenden Grundannahmen ausgehen. Sie führen zu Schlüssen und Behauptungen, die die Arbeit der Mitarbeiterinnen in Tageseinrichtungen auch in erheblicher Weise „beleidigen“.

Vor diesen Hintergründen konnte ich nicht umhin, Ihre Aussagen als ein Beispiel einer unzutreffenden Grundannahme, auf der behauptet wird, dass das Kinderbildungsgesetz in zutreffender Weise eine nachhaltige positive Wirkung entfalten würde, in Frage zu stellen.

So wie bereits Ihr erster Grund von einer unzutreffenden Grundannahme ausgeht, so beinhaltet auch der Gesetzentwurf ein unzutreffendes Bildungsverständnis, ein unzutreffendes Menschenbild für Kinder in der frühen Kindheit.

Dazu einige kurze Hinweise:

- Der Kindergarten ist im Bildungsgesamtplan als Elementarstufe des „Bildungswesens“ bereits seit dem Jahr 1970 anerkannt.
- Im Elementarbereich des Bildungswesens gilt ein eigenständiger Bildungsauftrag, da die Bildungsprozesse anders als in der späteren Kindheit verlaufen.
- Bildung ist mehr als Lernen und Bildung ist nicht „machbar“!
Diese Grundannahmen ergeben sich aus der Entwicklungspsychologie und sind substantielle Grundlagen für die Beschreibung des umfangreichen Förderungsauftrages von Tageseinrichtun-

gen, der untrennbar aus Erziehung, Bildung und Betreuung besteht. (Es kommt genau darauf an, dass auch diese Reihenfolge in der Trias berücksichtigt wird.)

- Diese Aufgabenstellung ist Grundlage des Bundesrechtes, des alten Kindergartengesetzes, des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder und auch der für die Bildungsarbeit in NRW wesentlichen Bildungsvereinbarung.
- Bildung umfasst die ganze Persönlichkeit eines Menschen. Bildung ist mehr als Lernen. Es geht nicht um Kognition, sondern es geht um die individuelle Verarbeitung auch von Wissen durch eine Persönlichkeit. Mit dem durch die Delphistudie 1992 geprägten Begriff der Wissensgesellschaft ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass es für unsere Gesellschaft nicht darauf ankommt, die Menge des Wissens zu maximieren, sondern dass die Verarbeitungsfähigkeit der zunehmenden Wissensmenge die bildungspolitische Aufgabenstellung ist.
- Bildung in der frühen Kindheit ist immer Selbstbildung. Kein Kind kann „gebildet“ werden. Kinder bilden sich immer selbst. Dies gilt auch noch in der Schule.
Im 12. Kinder- und Jugendbericht wurde in großer Breite das Bildungsgeschehen beleuchtet und damit auch die Bedingungen beschrieben, die für Bildungsprozesse von Bedeutung sind. Eines der Ergebnisse lautete z.B.: Für einen Gesamtbildungsprozess gilt von formeller zu nicht- und informeller Bildung ein Verhältnis von 20 : 80. Den informellen Bildungsorten kommt im Verhältnis zur Schule für den einzelnen Menschen eine wesentlich größere Bedeutung zu. Und „wir“ konzentrieren immer weitere Erwartungen in Schule ... (es muss eine andere Schule sein – ein Lebensort).

Da Bildung immer durch Selbstbildung erfolgt, kommt es auf die Bedingungen an, die Erwachsene den Kindern zur Verfügung stellen, damit sie sich ein Bild von der Welt, mit sich, mit anderen und mit „Unbekanntem“ auseinandersetzen können.

Dazu gehört die Umwelt des Kindes, die Lebensbedingungen, das Verhalten (und Nichtverhalten als Verhalten) von Erwachsenen als Bezugspersonen und die Kontakte zu anderen Kindern. Diese Bedingungen können als „Erziehungsbedingungen“ bezeichnet werden. Daher muss auch Erziehung als erster Bestandteil des nicht trennbaren Förderungsauftrags zunächst benannt werden.

Dies bedeutet natürlich auch, dass sich unter den jeweils gegebenen Bedingungen Kinder selbst bilden.

Auch wenn die Bedingungen für die Förderung von Kindern in der Vergangenheit durchaus nicht gut waren, so hat die größte Längsschnittuntersuchung der Bundesrepublik, bei der nach dem geeigneten Förderort von fünfjährigen Kindern geforscht wurde (dies war in den Jahren 1970 – 1975 – mit einer Auswertung im Jahr 1977 – und einer Folgestudie) u.a. zu dem Ergebnis geführt, dass Kinder, die einen Kindergarten über 3 Jahre besucht haben, anderen Kindern gegenüber einen Entwicklungsvorsprung hatten, d.h. sie haben sich gut gebildet, der bis zum Ende der 4. Klasse nachweisbar war. Dies bedeutet: Die Kinder haben äußerst gute Voraussetzungen mitgebracht, die die Grundschule nicht aufgreifen und weiterentwickeln konnte. In der Grundschule wurden die Entwicklungsvorsprünge wieder egalisiert!

Entscheidend für positive Bildungsprozesse im Elementarbereich, und dies ist hinlänglich durch Längsschnittstudien und z.B. durch die Bindungsforschung belegt, sind zwei Bereiche, nämlich

1. das Kinder-Erwachsenen-Verhältnis und
2. die Qualifikation der Mitarbeiterinnen.

Dazu einige Hinweise:

Die heute für Kindergartengruppen noch geltende Regelgruppenstärke von 25 Kindern wurde im Jahr 1963 (!) festgelegt, als nur rd. 35 % der Kinder den Kindergarten über max. 4 Stunden am Tag besuchten und davon ausgegangen wurde, dass sowieso nur 20 Kinder anwesend, weil 5 Kinder krank oder aus anderen Gründen nicht abwesend sind.

Diese Gruppenstärke wird heute immer noch als Ausgangspunkt angesehen. Sie ist viel zu hoch. Eine Senkung war u.a. im Jahr 1991 zu dem Zeitpunkt versprochen worden, wenn die Kinderzahl rückläufig wird. Dies wurde für das Jahr 1993 erwartet. Mit dem Rechtsanspruch wurden aber eher Überbelegungen die Regel. Wenn jetzt ein Geburtenrückgang erwartet wird, dann müssten jetzt die Gruppenstärken verringert, bzw. das Verhältnis Kinder zu Erwachsenen verbessert werden. Genau das Gegenteil ist aber mit dem Kinderbildungsgesetz vorgesehen! Im übrigen wird nach den Daten des LDS ab 2015 wieder mit einem Anstieg der Kinderzahlen „gerechnet“. In den Berechnungen der Unternehmensberatung Kienbaum wird aber immer nur die Entwicklung bis zum Jahr 2015 betrachtet!

Die Gruppenstärken müssten für Kinder im Alter von 5 Jahren bei max. 12 Kindern liegen. Kinder können überhaupt nicht zu mehr als 12 Kindern gleichzeitig Kontakte aufnehmen. Was lernen Kinder in zu großen Gruppen: Verlierer zu sein, keine ausreichende Beachtung zu finden. Dies sind nicht meine Behauptungen.

Fragen Sie Herrn Prof. Dr. Dollase, Uni Bielefeld, der seit mehr als 25 Jahren zu den Gruppenprozessen forscht und für die CDU auch in der Enquete-Kommission mitarbeitet.

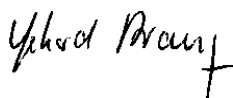
Ich hoffe, Sie können nachvollziehen, dass aus meiner Sicht Ihre erste Begründung nicht haltbar ist. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Behauptung nicht fortsetzen würden und sich dafür einsetzen könnten, dass im Gesetzentwurf nicht von Bildung und Förderung oder von Bildung, Erziehung und Betreuung gesprochen wird. Auch müsste die Bezeichnung des Gesetzes (Kinderbildungsgesetz) geändert werden. Wenn überhaupt, sollte das Gesetz: Kinderförderungsgesetz heißen.

Mit Ihren ersten Grund haben Sie durchaus zutreffend den zentralen „Knackpunkt“ des Gesetzes herausgestellt. Das Gesetz ist in seine inhaltlichen Ausgestaltung „auf dem falschen Dampfer“. Mir erschließt es sich nicht, wieso im Ministerium nicht mehr fachliche Kompetenz vorhanden ist. Dass die Verbände im Beratungsprozess des Konsens nicht darauf eingegangen sind, lag nach meinen Wahrnehmungen an den durch das Ministerium vorgenommenen Setzungen und der Konzentration auf die finanziellen Aspekte, zumal hier das Ministerium ursprünglich noch wesentlich weitergehende Verschlechterungen vorgesehen hatte.

Ich habe mich auf den 1. Ihrer Gründe konzentriert. In den anderen 6 Gründen stecken in vergleichbarer Weise ebenso unzutreffende Grundannahmen und Schlussfolgerung. Ich würde Sie Ihnen gerne begründen.

Egal, ob Sie eine Sichtweise hören wollen, die nicht der „Linie“ der Regierung und von Mitgliedern der sie tragenden Fraktionen entsprechen, mich würde zunächst nur die Bestätigung interessieren, dass Sie mein Schreiben erhalten haben.

Mit freundlichen Grüßen



- Gerhard Stranz -